



## Vision CO<sub>2</sub>-neutrale Kommune – alternativlos oder unerreichbar?

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Wochen wird in Berlin das Klimaschutzgesetz verabschiedet. Erstmals werden damit auf Bundesebene für alle Sektoren verbindliche CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele bis 2030 gesetzt, mit dem Ziel, die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Die neue brandenburgische Landesregierung nimmt diesen Impuls auf. In der Koalitionsvereinbarung für die 7. Legislaturperiode heißt es: „Die Koalition wird den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. [...] Wir wollen, dass Brandenburg spätestens im Jahr 2050 klimaneutral wirtschaftet und lebt.“ Die brandenburgischen Kommunen werden dadurch vor große Herausforderungen gestellt, denn die großen CO<sub>2</sub>-relevanten Bereiche Gebäude, Wärmeversorgung und innerörtlicher Verkehr sind im Wesentlichen auf der lokalen Ebene zu gestalten.

„Die CO<sub>2</sub>-neutrale Kommune – alternativlos oder unerreichbar?“ Unter dieser Frage haben wir vor einigen Wochen alle brandenburgischen Kommunen angeschrieben und um Mitwirkung bei einer Befragung gebeten. Die Ergebnisse und Diskussionen haben deutlich gemacht, was die Kommunen daran hindert, sich noch intensiver für den Klimaschutz einzusetzen. Sie machen aber auch klar, dass es heute schon viele Ansatzpunkte gibt, um die lokale Klimabilanz nachhaltig zu verbessern. Und – vielleicht noch wichtiger – es gibt die Akteure, denen die Bewältigung der Aufgabe zuge-  
traut wird.

Freundliche Grüße

Frank Segebade

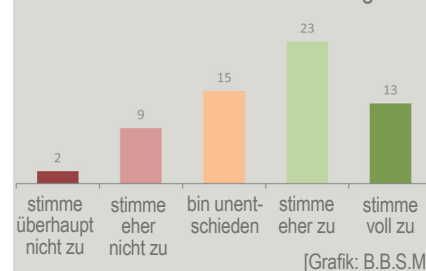
Leiter des Referats 22 –  
Stadtentwicklung

Dem Klimawandel entschlossen zu begegnen und den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu verringern, ist eine Aufgabe, die für die Kommunen im Land Brandenburg in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Um zu erfahren, wie sich übergeordnete Klimaschutzziele vor Ort widerspiegeln, hat die Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier im Auftrag des MIL im Herbst 2019 Brandenburger Kommunen zu ihren Aktivitäten und Einschätzungen zum Klimaschutz befragt. An der Online-Befragung haben sich 63 Städte, amtsfreie Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg beteiligt. Zentrale Themen der Befragung waren die Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz, die lokale Verankerung von Klimaschutzzielen aber auch Hemmnisse der Umsetzung.

### „Klima“ für mehr Klimaschutz ist vorhanden

Die Befragung zeigt eine zumeist positive Grundstimmung für eine aktive Klimaschutzpolitik vor Ort. Sowohl in der Kommunalpolitik als auch bei den kommunalen Unternehmen und in den Verwaltungen aber auch in der lokalen Bevölkerung, wird von den Befragten ein gestiegenes Interesse an einer aktiveren Klimaschutzpolitik konstatiert. Die Dynamik von Bewegungen wie „Fridays for Future“ trägt sicherlich zu einer stärkeren Wahrnehmung des Themas bei.

Ist Klimaschutzpolitik in Ihrer Kommune Teil der Stadt-/Gemeindeentwicklung?



Fast 60 Prozent der befragten Kommunen haben bereits eigene Klimaschutzziele beschlossen oder beabsichtigen dies. In diesen Kommunen ist Klimaschutz Teil der Stadt-/

### Begriff „klimaneutrale Kommune“

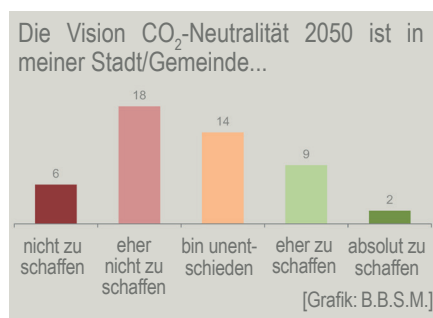
Das „2-Grad-Ziel“ ist die prägnante Kurzformel des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015. Übersetzt impliziert dies eine globale Klimaneutralität bis 2050. Diesem Ziel hat sich auch Deutschland mit seiner Mitzeichnung des Abkommens verpflichtet. Daraus abgeleitet, beinhaltet der Klimaschutzplan 2050 (KSP) des Bundes vom November 2016 Einsparziele für Deutschland für die Jahre 2030 und 2050 sowie für einzelne Sektoren, wie z. B. Energiewirtschaft, Gebäude oder Verkehr. Insgesamt sollen nach dem KSP die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden. Das Ziel bis 2030 mit differenzierten Sektorzielen soll der Entwurf des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) in der Fassung vom Oktober 2019 in eine verbindliche Rechtsgrundlage überführen.

Gemeindeentwicklung. Auffallend dabei ist, dass zwar nahezu 90 Prozent der Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Land Brandenburg eigene Klimaschutzziele beschlossen haben, aber nur knapp jede dritte Gemeinde mit unter 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern entsprechende Ziele hat oder einen Beschluss vorbereitet. Bei den Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist dies immerhin gut jede zweite Kommune.

Die Befragung zeigt auch, dass die Ziele zum Klimaschutz dort, wo bereits entsprechende Beschlüsse der Kommunalpolitik vorliegen, vielfach noch hinter den Zielen der Bundesebene, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um über 80 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, zurückbleiben. Besonders ambitionierte Klimaschutzziele hat sich die Stadt Potsdam gesetzt, die bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Neutralität erreichen will (siehe Seite 3).

Für viele andere Städte und Gemeinden ist die CO<sub>2</sub>-neutrale Kommune derzeit noch eine Vision. Der Weg dorthin und die realen Hand-

lungsmöglichkeiten sind vielfach noch wenig klar. Daher schätzt derzeit nur knapp jede vierte befragte Kommune ein, dass die Vision einer CO<sub>2</sub>-neutralen Kommune bis zum Jahr 2050 umsetzbar wäre. Ein wesentlicher Grund für diese zurückhaltende Einstellung der Kommunen ist die aus ihrer Sicht bisher nicht ausreichende Finanzierbarkeit von ambitionierten Klimaschutzprojekten.



### Kommunale Akteure als Impulsgeber

Viele Kommunen haben den Klimaschutz inzwischen als ihre Aufgabe identifiziert und sehen sich selbst als wichtige Impulsgeber, um das Thema voranzubringen. Sowohl die Verwaltung als auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister selbst und die Kommunalpolitik werden von der Mehrzahl der teilnehmenden Kommunen als wesentliche Antreiber für den Klimaschutz benannt. Eine herausragende Rolle im Klimaschutz wird den kommunalen Unternehmen, bspw. Stadtwerken oder Wohnungsunternehmen, zugeschrieben. Rund zwei Drittel der Befragten sehen die kommunalen Unternehmen als wichtige Partner im Klimaschutz. Bedeutend sind zudem lokale Klimaschutzinitiativen, die von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort getragen werden. In etwa jeder vierten Kommune werden diese als einflussreich beschrieben.

Ein Hemmnis bei der Entwicklung und Umsetzung von ambitionierten Klima-

schutzziele ist die fehlende fachliche Kompetenz und Verantwortlichkeit in den Verwaltungen. Nur in etwa jeder zweiten Kommune gibt es bisher explizit für die Themenfelder Energie und Klimaschutz verantwortliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter. Oft sind diese allerdings nur auf Basis projektfinanzierter und zeitlich befristeter Stellen beschäftigt.

### Konkrete Klimaschutzmaßnahmen im kommunalen Zuständigkeitsbereich

Die Umsetzung von Maßnahmen für mehr Klimaschutz zeigt eine große Bandbreite möglicher Handlungsansätze. So gehört die Nutzung von Strom aus regenerativen Quellen ebenso zu den weit verbreiteten Maßnahmen wie die umfassende energetische Sanierung kommunaler Immobilien. Hohe Priorität haben für die Kommunen zudem die Schaffung eines CO<sub>2</sub>-neutralen kommunalen Fuhrparks und die Modernisierung der Stadtbeleuchtung.

Für die befragten Kommunen wird in der weiteren energetischen Sanierung des eigenen Baubestands und vor allem in der Verkehrsentwicklung das größte Potenzial für mehr Klimaschutz gesehen. Des Weiteren wichtig ist die vorausschauende Planung und nachhaltige Flächenentwicklung in den Kommunen sowie der Ausbau und die Effizienzerhöhung von Nah- und Fernwärme.

Das Potenzial des Ausbaus erneuerbarer Energien liegt in der Bewertung der Kommunen eher im Mittelfeld. Der Schwerpunkt der Nennungen wird im Bereich der Solarenergie gesehen. Die stärkere Nutzung von Abwärme wird immerhin in fünf Kommunen ebenfalls als Ausbaupotenzial benannt.

Erwartungsgemäß liegen die Prioritäten der Kommunen vor allem in kommunal leicht zugänglichen Themenfeldern und Aufgabebereichen. Handlungsfelder, die sich

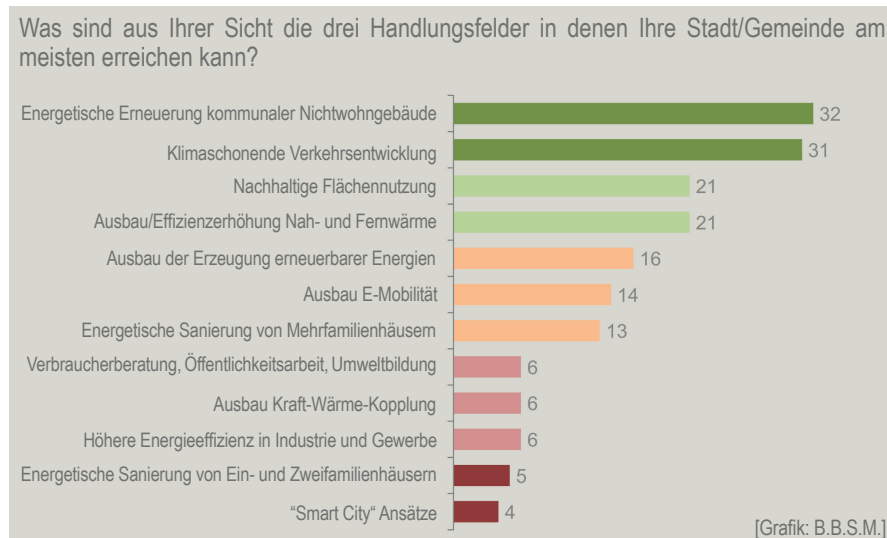
stärker auf den individuellen, privaten oder gewerblichen Bereich beziehen, wie z. B. die energetische Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern, eine höhere Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe oder die Verbraucherberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung haben demgegenüber aus kommunaler Sicht einen geringeren Stellenwert.

### Woran es hakt: Ressourcen – nicht nur finanzieller Art

Auf dem Weg zu mehr Klimaschutz werden von den befragten Kommunen noch erhebliche Hemmnisse gesehen. Die Probleme liegen dabei nicht so sehr in unklaren Zielen oder Maßnahmen oder bei der technischen Machbarkeit. Hier sehen lediglich etwa ein Viertel der Befragten einen stärkeren Einfluss. Etwa drei von vier Befragten beurteilen die Finanzierungseingänge der öffentlichen Hand bzw. einer nicht ausreichenden Förderung als ein Hemmnis. Weiter oben ist bereits auf das Problem der geringen Kapazitäten und fehlenden Fachkompetenzen der Verwaltung verwiesen worden. Gut jede zweite Kommune beschreibt dies als starke oder sehr starke Hürde. Zugleich wird von knapp der Hälfte der Kommunen beklagt, dass passende Partnerinnen und Partner für die Umsetzung vor Ort fehlen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Sorge vor Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung aufgrund potenzieller Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Mieterinnen und Mieter.

Trotz der klaren Benennung von Hemmnissen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz zeigen die Befragungsergebnisse, dass in den Kommunen eine große Bereitschaft vorhanden ist, die Herausforderungen aufzugreifen und in kommunales Handeln zu überführen. Auch über die notwendigen bzw. möglichen Ansatzpunkte besteht eine relativ klare Vorstellung. Was zum Teil jedoch fehlt, sind Ressourcen sowie tragfähige organisatorische Strukturen und lokale Netzwerke, um allgemeine Ziele in konkrete Projekte zu übersetzen.

An dieser Stelle können die vielfältigen Förderangebote für die Erstellung von konzeptionellen Grundlagen von Klimaschutzkonzepten bis hin zu energetischen Quartierskonzepten wichtige Wegweiser sein. Ebenso können Klimaschutz- oder Sanierungsmanagerinnen und -manager dabei helfen, umsetzungsorientierte Strukturen aufzubauen und Akteure zusammenzuführen. Das MIL und die Kontaktstelle Energetischer Umbau im Quartier bieten hier gerne Hilfestellung an. So kann der von der KfW im Programm 432 mit einem Zuschuss von 65 Prozent der Kosten geförderte Sanierungsmanager bis zu fünf Jahre bei der Vorbereitung, Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen helfen.



## Workshop „Vision CO<sub>2</sub>-neutrale Kommune – alternativlos oder unerreichbar?“

### Ein herausfordernder Plan: Potsdamer Masterplan 100 Prozent Klimaschutz

Der Masterplan der Landeshauptstadt ist ein komplexes Werk: Auf 383 Seiten werden in acht Handlungsfeldern 34 Kernstrategien mit 157 Maßnahmen herausgearbeitet. Dazu kommen vier vertiefende Teilstudien zu ÖPNV, Modernisierung von Wohnungsbeständen, Fernwärme und Umweltwärme. Die Maßnahmen könnten bis 2050 die Senkung des Endenergieverbrauchs um 50 Prozent bzw. der Treibhausgase um 95 Prozent ermöglichen. Für die Umsetzung des Masterplans wurde 2018 ein Aktionsplan erstellt, der verzahnt mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) handlungsleitend für die Fachverwaltungen ist.

Am 6. November 2019 führten das MIL und die Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier in Potsdam eine Veranstaltung durch, die sich ebenfalls der Frage widmete, wie mehr Klimaschutz in den Kommunen gelingen kann. Als Ideengeber in den Blick genommen wurden Kommunen, die am Programm „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums teilnehmen. Diese Kommunen wollen bis 2050 ihre Treibhausgas-Emissionen um 95 Prozent gegenüber 1990 senken und ihren Endenergieverbrauch im gleichen Zeitraum halbieren. Sie orientieren sich damit an den Pariser Klimaschutzziele und der Vision einer klimaneutralen Stadt.

Die Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier stellte die Ergebnisse der Online-Befragung vor (siehe S. 1 bis 2). In der Diskussion bestätigten sich zentrale Ergebnisse der Befragung: In den Kommunen wird die Notwendigkeit für engagierten Klimaschutz gesehen, andererseits werden die tatsächlich verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen als nicht ausreichend eingeschätzt, um diese ambitioniert umzusetzen. Die CO<sub>2</sub>-neutrale Stadt erscheint vor diesem Hintergrund vielfach tatsächlich noch als schwer erreichbare Vision.

Cordine Lippert, Leiterin der Koordinierungsstelle Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam, berichtete über Erfahrungen aus dem seit 2016 in Potsdam laufenden Masterplan-Prozess für 100 Prozent Klimaschutz. Potsdam ist bislang die einzige Brandenburger Kommune, die einen solchen Masterplan aufstellt. Da-

bei kann Potsdam auf einen seit 1995 bestehenden kommunalpolitischen Konsens für eine klimagerechte Stadtentwicklung aufbauen, so Frau Lippert. Sie betonte, wie wichtig die seit 2008 bestehende Koordinierungsstelle Klimaschutz sei, die fachübergreifend die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Potsdam zusammenführt und selbst immer wieder Impulse setzt. Auch der 2018 eingerichtete Klimarat treibe an der Schnittstelle zwischen Kommunalpolitik, Wissenschaft und wichtigen Stakeholdern die Umsetzung voran.

*„Die Koordinierungsstelle Klimaschutz ist jetzt beim Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt angesiedelt. Das passt gut, weil wir damit eng in der Umsetzungsebene angebunden sind und frühzeitig an Prozessen beteiligt werden.“*

Cordine Lippert,  
Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Potsdam

Während in einer großen Stadt wie Potsdam eine solche breite Verankerung des Klimaschutzes besonders wichtig ist, kann in kleinen Städten die Überzeugungskraft und das Engagement einzelner Personen große Wirkung entfalten. Im niedersächsischen Flecken Steyerberg, einer ländlichen Gemeinde mit 5.200 Einwohnerinnen und Einwohnern, hat der Bürgermeister Heinz-Jürgen Weber das Thema Klimaschutz seit 2013 zur Chefsache gemacht. Etwa 10 Prozent der Personalkapazitäten in der kleinen Verwaltung würden für klimaschutz- und energiebezogene Aufgaben eingesetzt, berichtete Weber. Über den Masterplan und andere fachliche Expertisen werde in der Gemeinde Fachkompetenz aufgebaut und die Öffentlichkeit immer wirksamer einbezogen. Inzwischen seien die Steyerberger stolz über die internationale Aufmerksamkeit und Auszeichnungen für die erreichten Ziele im Bereich Klimaschutz.

*„Die CO<sub>2</sub>-neutrale Stadt ist alternativlos, wenn wir Generationengerechtigkeit ernstnehmen!“*

Heinz-Jürgen Weber,  
Bürgermeister der Gemeinde Steyerberg

Hans Hertle, Teamleiter Kommunaler Klimaschutz am Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH stellte in seinem Beitrag Erkenntnisse aus der Begleitung der 22 Masterplankommunen in Deutschland vor. Er hob die von den Masterplankommunen angestrebte Senkung

des Endenergieverbrauchs bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 1990 hervor. Erst wenn es gelinge, hier deutlich voran zu kommen und parallel den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen fortzuführen, könnten die Klimaschutzziele erreicht werden. Die Masterpläne zeichneten sich dadurch aus, dass sie möglichst alle Handlungsfelder im Klimaschutz zusammenführten und dabei die ortsspezifischen Potenziale herausarbeiteten, so Hertle. Er präsentierte zahlreiche inspirierende Beispiele, wie sich Kommunen mit unterschiedlichen Größen und Akteurskonstellationen der Zukunftsaufgabe Klimaschutz widmen. Entscheidend sei dabei weniger, sofort mit überaus ambitionierten Zielen zu starten, sondern vielmehr vorhandene Handlungsspielräume in den Kommunen überhaupt anzugehen.

Die Präsentationen der Referenten finden Sie auf der [Webseite des MIL](#) im Bereich Stadtentwicklung unter Energie und Klima.

### Steyerberg – große Klimaschutzprojekte in einem kleinen Ort

Das wichtigste Klimaschutzprojekt in Steyerberg ist die Abwärmenutzung aus einer Chemiefabrik. Dafür wird ein neues Fernwärmenetz gebaut, das künftig den gesamten Hauptort versorgen wird. Am 2.10.2019 erfolgte der Spatenstich für den Bau von 29 km Wärmeleitungen und Investitionen von 16 Millionen Euro. Um die schwierige Betreiberfrage zu lösen, wurde die Bürgerenergiegenossenschaft Bürger-Energie Steyerberg eG mit inzwischen über 370 Mitgliedern gegründet. Das Erfolgsrezept bestünde darin, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gezielt aufzugreifen, so der Bürgermeister. Daher werden parallel zum Wärmenetz auch flächendeckende Glasfaserkabel verlegt. Ein neu ausgewiesenes Sanierungsgebiet im vereinfachten Verfahren mit den Zielsetzungen Klimaschutz und Herstellung von Barrierefreiheit bietet zusätzliche finanzielle Anreize für die Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Die Gemeinde übernimmt zudem eine wichtige Vorbildfunktion, indem sie eigene Gebäude mit Solarmodulen ausstattet und diese in das Wärmenetz einbindet. Auch für die Zukunft mangelt es nicht an Ideen, ob es der Betrieb eigener Windkraftanlagen durch die Kommune oder Bebauungsplanfestsetzungen mit Solarnutzung und Passivhausstandard sind. Weitere Informationen unter: [www.klimastark.de](http://www.klimastark.de)

## Reallabore in der Lausitz – Testfelder der experimentellen Energiewende

Die Lausitz ist mit zwei „Reallaboren“ an der praktischen Erprobung innovativer Ansätze der Energiewende dabei. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat am 18. Juli 2019 deutschlandweit insgesamt 20 solcher Reallabore ausgewählt, die mit insgesamt 300 Millionen Euro unterstützt werden. Ziel der Initiative ist es, neue Energietechnologien in der Praxis zu testen und zur Marktreife weiter zu entwickeln.

Im ersten Themencluster „Wasserstoff- und Energiespeichertechnologien“ wird im Projekt „RefLau – Referenzkraftwerk Lausitz“ der Standort des Braunkohle-Großkraftwerks Schwarze Pumpe nach der Stilllegung auf Wasserstofftechnologien umgerüstet. Ein umfassender Ausbau der Sektorkopplung und die Errichtung von Speicheranlagen sind weitere Bestandteile des Projekts. Im zweiten Cluster „Energieoptimierte Quartiere“ bildet das „Reallabor Lausitz“ ein Dach für ca. 20 verschiedene Projekte in Cottbus, Lübben, Lübbenau, Spremberg und Großräschen. Hierzu zählen etwa ein „Nullenergiequartier“, die Umstellung des ÖPNV auf Wasserstoffantriebe, Power-to-Heat/Grüne Fernwärme-Projekte, ein Energiewandler als Kombination aus einer Mikrogasturbine und einer Hochtemperatur-Brennstoffzelle, ein energieautarker Betriebshof oder eine smarte Solarstraße.

### 7. Fachveranstaltung für Sanierungs-, Energie- und Klimaschutzmanagerinnen und -manager

Am 30. September 2019 fand das inzwischen siebte Vernetzungstreffen für die im Feld Klimaschutz und Energiewende tätigen Akteure statt. Nico Zehmke, Leiter des Fachbereichs Finanzen, Bauen, Liegenschaften des Amtes Gransee und Gemeinden, stellte am Beispiel von zwei Quartieren dar, wie die

## Eberswalde – Klimaschutz ist (auch) eine Kommunikationsaufgabe



[Foto: Stadt Eberswalde]

Eberswalde ist eine der aktivsten Städte im Klimaschutz im Land Brandenburg. Das Besondere ist die gezielte Verknüpfung dieser Aktivitäten mit dem städtischen Leitbild „Natürlich Eberswalde!“ Umweltthemen und Nachhaltigkeit ergänzen sich zu einem positiven Profil, das auch über das Stadtmarketing gezielt kommuniziert wird. Der Standort der Hochschule für nachhaltige Entwicklung und die Lage in der Barnimer Naturlandschaft legen ein solches Leitbild nahe. Klimaschutz ist hier ein geradezu folgerichtiger Bestandteil. Die Stadt und ihr kommunales Klimaschutzmanagement vermitteln dieses abstrakte Thema über viel Kommunikation und bürgernahe

Aktivitäten wie den Aktionstag „Eberswalde kann Klimaschutz“, das „Sattelfest“ oder den „Stadtradeln“ Wettbewerb in die Stadtöffentlichkeit. Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern vor Ort sorgen sie so für mehr Akzeptanz und Unterstützung im Klimaschutz. Seit 2019 wird der Nachhaltigkeitspreis der Stadt Eberswalde an beispielhafte Abschlussarbeiten der Hochschule verliehen, welche einen besonderen Beitrag zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung leisten.



[Foto: Stadt Eberswalde]

KfW-Quartierskonzepte schrittweise umgesetzt werden. Sebastian Kunze vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg erläuterte die rechtlichen Grundlagen für aktives kommunales Handeln zur Gewinnerzielung im Bereich der Energiewirtschaft. Philipp Reiß vom Service- und Kompetenzzentrum kommunaler Klimaschutz stellte die 2019 überarbeitete Kommunalrichtlinie des BMU vor. In gewohnter Tradition informierten zudem die gemeinsamen Veranstalter, das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL), die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg (WFBB – Energiesparagentur des Landes Brandenburg) und das MIL, über Aktuelles aus ihren Häusern. Auf der [Webseite des MIL](#) finden Sie weitere Informationen zur Veranstaltung.

### Fachkonferenz Energiewende lokal gestalten „Klimagerecht, digital, smart“ am 19. Februar 2020

Auch 2020 veranstalten das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und der Landesverband Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen VKU wieder eine gemeinsame Fachkonferenz. Am 19. Februar 2020 wird es in den Räumen der ILB um die Rolle von Infrastruktur und Quartieren für die nachhaltige und smarte Stadt der Zukunft gehen. Merken Sie sich den Termin vor. Weitere Informationen finden Sie in Kürze auf der [Webseite des MIL](#).

## Brandenburger Kontaktstelle für den energetischen Umbau im Quartier

### Ihre Ansprechpartnerinnen und -partner:

Dr. Heike Liebmann, Lutz Wüllner  
B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH

### Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Britta Bieschke, Anne Wolf-Diederich  
Referat 22 – Stadtentwicklung

☎ 0331 - 289 970

✉ kontaktstelle-energie@bsm-brandenburg.de

☎ 0331 - 866 8204

✉ britta.bieschke@mil.brandenburg.de

### Impressum

Herausgeber:  
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg  
Presse, Öffentlichkeitsarbeit  
Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 8, 14467 Potsdam  
oeffentlichkeitsarbeit@mil.brandenburg.de  
www.mil.brandenburg.de

Redaktion: B.B.S.M. mbH  
Auflage: 500